

die Politik der offenen Tür und der freien Handelsbewegung verlangt, und daß neben Deutschland auch die übrigen Großmächte diese Politik verfolgen. Danach muß es das Bestreben Deutschlands nunmehr sein, Kiautschau zu einer großen Handelskolonie mit einem für uns sicheren guten Hafen und mit großen Hafenniederlassungen zu machen, wo die Schiffe aller Nationen landen und Handel und Verkehr in Ostasien fließen können. Es kommt dabei in Betracht, daß der deutsche Hafen Tsingtau in Kiautschau schon jetzt alle Häfen Ostasiens in Bezug auf leichten Zugang der Schiffe übertrifft. Die alten Seehandelsplätze Ostasiens, wie Hongkong, Shanghai, Tschifu, Tientsin, Nagasaki und Kobe haben alle so schlechte Häfen, daß die großen Seeschiffe in diesen Häfen gar nicht direkt landen können, sondern das Ausladen und Einladen ihrer Fracht und ihrer Reisenden durch kleine Schiffe besorgen lassen müssen, während schon jetzt große Schiffe im Hafen von Tsingtau bequem einfahren und ihre Ladungen im Hafen selbst löschen können. Deutschland muß also in der Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung der Kulturarbeit in Ostasien doch an seiner Befestigung Kiautschau festhalten, zumal diese Befestigung auch durch die großen deutschen Postdampferlinien und durch den Bau der Schantung-Eisenbahn eine ganz bedeutende Stütze erhalten hat.

Politische Weltchau.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat sich der Kaiser bei seiner jüngsten Anwesenheit in Hannover in einer Ansprache an die Offiziere des Militärereitiments sehr scharf über die zunehmende Spielwut in Offizierskreisen geäußert. Den äußerlichen Anlaß hierzu bot dem Monarchen die bekannte Spielaffäre, in welche zahlreiche, zu dem genannten Institut kommandierte Offiziere verwickelt sind. Sehr energisch wies er die Offiziere auf die Folgen des Spielens und auf den Ungehorsam hin, dessen sich jene Offiziere schuldig gemacht hätten, die jetzt auf seinen Befehl zu den Regimentern zurückgeschickt seien. Ähnlich derartige Sachen wieder vor, so verbliebe es nicht bei einem Zurückschicken zum Truppendeil, sondern es werde Verabschiedung erfolgen. Da auch zwei Offiziere der Leibregimenter (Leibgardehusaren und Leibhusaren) sich am Spiel beteiligen und sich dadurch des Vertrauens des Kaisers unwürdig gezeigt hätten, so würden diese in andere Regimenter verlegt. — Öffentlich haben die Worte des Kaisers einigen Erfolg.

Der Kaiser ist am Sonnabend von Homburg u. d. S., wo er dem internationalen Lauenrennen der Automobile beiwohnte, nach Hamburg, Helgoland und Kiel weitergereist. Erster Sieger bei der erwähnten interessanten sportlichen Veranstaltung ist der Italiener Nazarro mit seinem Fiat-Wagen.

Se. Majestät König Friedrich August von Sachsen gedenkt mit seinen Kindern Anfang Juli zu einem längeren Erholungsurlaub auf Norderny einzutreffen.

Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage melden Berliner Blätter: Die Einberufung eines außerordentlichen mecklenburgischen Landtags zur Beratung der Verfassungsfrage ist für Anfang März 1908 in Aussicht genommen. Vom Inhalt der geplanten Verfassungsreform, die sich vorläufig noch im ersten Stadium der Vorberatung befindet, verlautet noch nichts. — Wenn der bisherige mecklenburgische Landtag, der ja lediglich eine ständische Vertretung ist, sich erst mit der Sache befaßt, wird kaum viel dabei herauskommen.

Warum nicht ehlich? „Es lebe das allgemeine Wahlrecht! Nieder mit Wexler, Kossuth und Apponyi! Es lebe der Volkskönig!“ So riefen all die Zehntausende ungarischer Sozialdemokraten, die Kaiser Franz Joseph bei seinem Einzug in Ofen vor wenig Tagen jubelnd begrüßten. Es ist gepaßt, daß auch nicht eines der uns zugänglichen und samt und sonders bekanntlich antimonarchischen Sozialistenblätter des Deutschen Reichs den Mut hat, diese Tatsache ihrem Leserkreis offen mitzuteilen. Sozialdemokraten und den König hoch leben lassen! Das gibts ja gar nicht! Und da man die ungarischen Genossen doch nicht, wie es deutschen ergehen würde, sofort als Missetäter vor den Rabi, d. h. vor das Scherbengericht des unfehlbaren Herrn Mehring zitieren kann, so läßt man die Worte „Es lebe der Volkskönig“ glatt unter den Tisch fallen und tut, als hätten die Nationalen „Es lebe der König“ und die Sozialdemokraten „Es lebe das

allgemeine Wahlrecht“ gegen Kaiser Franz Joseph aber noch lange nicht.

Das neugewählte ökonomische Abgeordnetenhaus tritt am diesem Montag zusammen, doch soll seine offizielle Eröffnung durch den Kaiser mittels Kronprinz am Mittwoch erfolgen. Mit Interesse hat man den Wahlen zum Präsidium entgegensehen, denn bei der außerordentlichen Vorwahlen im neuen Reichstage erscheint der Kaiser der Kaiserthronwahl im höchsten Grade ungewiß.

Die in Frankreich durch den Notstand unter der Wingerbevölkerung der westlichen Distrikte des Südens hervorgerufene politische Krise gestaltet sich immer heftiger. Zahlreiche Gemeindeverwaltungen des Südens haben ihre Dienste vollständig eingestellt, in manchen Orten werden sogar keine Besichtigungen mehr vorgenommen. In Valbes bei Montpellier weigerte sich die Bevölkerung, die staatliche Verordnungs-Kommission aufzunehmen. In Carrières erklärte der Bürgermeister, er werde ohne besonderen Erlaubnischein keine Besichtigung vornehmen lassen; in Sijan wurden die Türen des Gemeinderatsaales und des Archivräumes vermauert; in Carpendis pflanzte die Volkswenge eine Bürgerwehr auf und wählte die Schenke des Bürgermeisters. Ministerpräsident Clémenceau richtete ein sehr energisches Rundschreiben an die zurückgetretenen Bürgermeister und Gemeinderäte, in welchem er sie auf die ersten Folgen ihres Streiks aufmerksam macht und sie auffordert, ihre Funktionen wieder aufzunehmen; einwillen hat aber diese Rundgebung des Ministerpräsidenten bei den streikenden Gemeindevorständen wenig Eindruck gemacht. So de Paris meldet aus Beziers, der Brief des Ministerpräsidenten Clémenceau an die Bürgermeister, die im Zusammenhang mit der Weinbaukrise ihr Amt niedergelegt, sei, wie man versichert, ausschließlich mit Ironie oder Alerger aufgenommen worden. Das Blatt meldet ferner, die Weinbauern gingen mit der Absicht um, zur Zeit, wo sich Präsident Fallières in Bordeaux befinden werde, einen Zug dorthin zu unternehmen. Marcellin Albert, der Führer der Wingerbewegung, telegraphierte an die Bürgermeister der beteiligten Städte: „Wir haben keine Befehle vom Ministerpräsidenten entgegenzunehmen. Ich ersuche Sie, sich hiernach zu richten.“ Das 100. Infanterie-Regiment in Narbonne ist wegen seiner unzuverlässigen Haltung nach dem Lager von Larzac verlegt worden. — Das bänische Königspaar ist nach Beendigung seines Londoner Besuches in Paris eingetroffen.

Die offizielle Agence Havas erklärt die Blättermeldung vom Abschlusse eines Bündnisses zwischen Frankreich, England und Spanien als vollkommen unbegründet.

In Rußland hat sich die politische-parlamentarische Lage auch äußerlich zugespitzt. Ministerpräsident Stolypin hat die Verhaftung von 16 sozialdemokratischen Dumamitgliedern wegen Hochverrats trotz des Widerspruches der Mehrheit der Reichsduma verfügt; die Auflösung der Duma wird immer wahrscheinlicher. Die Regierung trifft umfassende militärische Vorkehrungsmaßnahmen; das Preobraslensk- und das Leibdragoon-Regiment sind nach Petersburg beordert worden. Im Falle der Auflösung soll in Petersburg der Kriegszustand verkündet werden. Zum Oberbefehlshaber wird General Sarudaw ernannt werden.

Zwischen der türkischen Regierung und dem Direktor der Orientbank in Konstantinopel, Nöbler, ist jetzt ein Vertrag unterzeichnet worden, durch den eine 7prozentige Anleihe von 300 000 Pfund abgeschlossen wird. Die Anleihe wird vom 1. März nächsten Jahres ab in monatlichen Raten von der Türkei zurückgezahlt. Die Höhe der monatlichen Raten beträgt 10 000 Pfund. Die türkische Regierung verpflichtet sich, keine andere Anleihe für militärische Rüstungen aufzunehmen, widrigenfalls die türkische Regierung gehalten sein soll, die ganze Summe sofort zurückzuzahlen. Falls eine Anleihe zu militärischen Rüstungen aus politischen Gründen nötig werden sollte, soll ein Betrag von mindestens 150 000 Pfund aus den jährlichen Einnahmen des türkischen Ministeriums vorbehalten werden.

Seit dem 15. Juni tagt also im Haag wieder eine neue internationale Friedenskonferenz; sie wird für die nächsten Wochen zweifellos im Mittelpunkt des allgemeinen politischen Interesses stehen. Bis Freitag nachmittag waren sämtliche offizielle Vertreter der an der Konferenz teilnehmenden Mächte im Haag eingetroffen, die letzten waren die Vertreter von Honduras, San Salvador und Uruguay. Die Polizei hat strenge

Maßnahmen getroffen, um die Konferenz gegen die Einwirkung anarchistischer Elemente zu sichern. Die Konferenz wird am Montag um 10 Uhr in der Aula des Haag-Palais eröffnet werden. Der Kaiser hat dem Haag geschrieben, man möge am 20. Juni die Konferenz in vier Kommissionen einteilen; die erste werde sich mit dem Strafrecht, die zweite mit militärischen, die dritte mit Marinefragen, die vierte mit den Angelegenheiten des Völkerrechts befassen. Der französische Delegierte Combes hat ferner, als einen Zeichen der Erhaltung gegenüber, erklärt, er könne ausnahmsweise über die Haltung Frankreichs zu den Verhandlungen der Haager Konferenz, insbesondere über die nicht bestimmten Fragen, die von dem französischen Delegierten über die Frage der Begrenzung der Rüstungen und Waffen nicht einmal, ob die Frage gestellt werden wird. Es werden also gemäß den vom Kaiserlichen Hof in der Haager abgegebenen Erklärungen, verfahren, wie 1864 die Rolle des vorläufigen Vermittlers zu spielen.

In London fand am Sonnabend die feierliche Enthüllung des Denkmals für den Herzog von Cambridge, den ehemaligen Generalfeldmarschall der britischen Armee, statt. Der Herzog wohnte auch Generalfeldmarschall v. Dahnke und eine Offiziersdeputation des preussischen Infanterie-Regiments Nr. 28, dessen Chef der Herzog von Cambridge war, bei.

Gegen die betrügerischen Delegationen in Nordamerika gehen jetzt die dortigen Behörden sehr energisch vor. So wurde jetzt die Gesellschaft „Waters-Pier“ als betrügerisch erklärt. Der Standart Del-Lucht, der eine Verurteilung von 325 000 Pfund (37 Millionen Mark) verurteilt, unter gleichzeitiger Verurteilung der weiteren Geschäftsbetriebe in Texas. — Der Regimentschef ist in Saint Paul (Minnesota) plötzlich schwer erkrankt. Sein Zustand ist kritisch. Man glaubt, daß eine Verurteilung vorliegt.

Das Parlament in Transvaal ist am Freitag wieder zusammengesessen. Ministerpräsident Botha richtete eine Ansprache an das Haus, in welcher er sich gegen die weitere Zulassung chinesischer Arbeiter in Transvaal äußerte.

Homburg u. d. S., 15. Juni. Se. Majestät der Kaiser reiste um 7 Uhr abends mit Sonderzug nach Hamburg ab. Zur Verabschiedung auf dem Bahnhof hatten sich eingefunden der Regierungspräsident von Meißner, Landrat Dr. Ritter von May, Oberbürgermeister Metz und Beheimmer Daurat Professor Dr. Jacobi.

Beamter und Sozialdemokrat. Nach dem „Vorwärts“ hat das preussische Oberverwaltungsgericht in einem neuen Falle entschieden, daß ein Beamter nicht der sozialdemokratischen Partei angehören darf.

Weimar. Hier haben die Sozialdemokraten keinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung. Um dieser Unannehmlichkeit abzuhelfen, haben sie im Vorjahre eine Volkshausgenossenschaft, e. G. m. b. H., gegründet und jetzt die Arbeiten für ein in großem Maßstabe geplantes Volkshaus in Angriff nehmen lassen. Dieses wird dem den größten in Weimar bestehenden Saal aufweisen. Der Bau soll bereits am 1. Mai 1908 fertiggestellt sein.

Das Kloster gehen will in seinen alten Tagen der Fürst Karl zu Löwenstein-Wertheim. Er beschäftigt in einigen Wochen als Novize in das nahe an der deutschen Grenze gelegene Dominikanerkloster in Aosta in Holland einzutreten. Fürst Löwenstein ist 73 Jahre alt und erbliches Mitglied der Kammer in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen. In der Öffentlichkeit ist er namentlich als langjähriger Kommissar der deutschen Katholikentage und Präsident der Antisuevika bekannt geworden.

Die „mausstot“ die Les von Kammerbewegung ist, geht daraus hervor, daß eben erst in Römerstadt (Nähe) 68 Personen, in Salzburg 35, dann wieder und zwar seit 1. Juni dieses Jahres 50 Personen aus der Kammer ausgezogen sind. Die Bewegung geht trotz allen Lotterens und Totschweigens weiter ihren ruhigen, aber stetigen Gang.

Petersburg, 16. Juni. In allen Teilen der Stadt herrscht vollkommene Ruhe. Ueberall sind das kaiserliche Manifest und das Ausladungsbefehl angehängt. Kavallerie- und Infanterie-Patrouillen durchziehen die Straßen.

Petersburg, 16. Juni. Von den 16 sozialdemokratischen Dumageordneten, deren Aus-